

18.10.1945 – vor 70 Jahren veröffentlichten das ZK der KPD und der ZA der SPD in Berlin ihren gemeinsamen Aufruf zur demokratischen Schulreform

29.10.1790 – 225. Geburtstag von Adolf Wilhelm Diesterweg (Pädagoge), gest. 07.07.1866

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

10. Ausgabe / 25. Jahrgang

Für Halle und den
Saalekreis

13. Oktober 2015

**Der Stadtvorstand beruft für den 12.12.2015
eine Gesamtmitgliederversammlung des Stadtverbandes DIE LINKE.
Halle (Saale) in den Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 6, ein.**

Die Tagesordnung der Versammlung wird beinhalten:

- * Wahlen des Stadtvorstandes
- * Wahlen der Finanzrevisionskommission
- * Wahlen der Delegierten für die Jahre 2016 / 2017 zu den Bundesparteitagen
- * Wahlen der Mitglieder des Landesausschusses
- * Berichte des Stadtvorstandes, der Stadtratsfraktion,
der Finanzrevisionskommission;
- * Aussprache und Beschlussfassung

Einladung und Mitwirkung der linksjugend und des Studierendenverbandes
erfolgen gemäß Landessatzung

Haseloff und Webel verraten christliche Werte

Zur Positionierung des Ministerpräsidenten und des CDU-Landesvorsitzenden zum Umgang mit Flüchtlingen erklären der Vorsitzende der Fraktion Wulf Gallert und die migrationspolitische Sprecherin Henriette Quade:

„Die Forderung des Ministerpräsidenten nach festgelegten Obergrenzen für Kriegsflüchtlinge für Sachsen-Anhalt - damit auch für die gesamte Bundesrepublik und die EU - führt zwingend zu einer Abkehr von grundsätzlichen Werten, die sich auch mit der christlichen Religion verbinden. Wenn der Ministerpräsident feste Kappungsgrenzen beispielsweise für Kriegsflüchtlinge fordert, muss er die Frage beantworten, wie er verhindern will, dass Menschen, die alles

verloren haben, daran gehindert werden sollen, zu uns zu kommen. Diejenigen, die sich jetzt auf den Weg gemacht haben, tun das in der Gewissheit, dabei ertrinken zu können, von kriminellen Schleppern ausgeraubt zu werden, von Militär und Polizei eingesperrt oder drangsaliert zu werden.

Sie kommen trotzdem, weil sie keine Alternative haben.

Der Ministerpräsident drückt sich um die Frage, was er zu tun gedenkt, um diese Flüchtlinge aufzuhalten. Stacheldraht wird dazu nicht ausreichen, wie uns die Bilder aus Ungarn beweisen. Diese Erkenntnis hat im Gegensatz zu Herrn Haseloff auch Frau Merkel

weiter auf Seite -2-

Haseloff und Webel... Fortsetzung von Seite -1-

bereits gewonnen und deutlich artikuliert. Die Zerrissenheit der Union in dieser Frage ist jeden Tag klarer zu erkennen. Deutlicher Beleg dafür ist auch die Aussage des CDU-Landesvorsitzenden Webel, dass das grundgesetzlich garantierte Recht auf Asyl im Interesse von Kappungsgrenzen in Frage gestellt werden sollte.

Die Zahl der Flüchtlinge kann nur dadurch reduziert werden, dass die Fluchtursachen in den Herkunftsländern bekämpft werden. Die Wirkungen der europäischen Handels- und Außenpolitik waren jedoch in den letzten Jahren dazu angetan, Fluchtursachen zu befördern, statt sie abzuschaffen, auf dem Balkan, in den arabischen Ländern und in Zentralafrika. Dies zu verändern, wird jedoch Zeit in Anspruch nehmen, deshalb müssen wir uns auf den Zuzug von Klima- und Kriegsflüchtlingen einstellen, in der EU und auch in Sachsen-Anhalt.

Niemand behauptet, dass die Aufnahme und Integration der hohen Zahl von Flüchtlingen leicht zu bewerkstelligen ist. Sachsen-Anhalt und seine Kommunen stehen vor einer großen Herausforderung, die u.a. auch dadurch entstanden ist, dass öffentliche Ressourcen in den letzten Jahren radikal abgebaut wurden. Deshalb steht das Land jetzt vor zwei zentralen Aufgaben:

* Es geht um den Aufbau aller benötigten Ressourcen für die menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen, deren soziale Betreuung, die Entwicklung von Bildungsangeboten und die Integration in die Arbeitswelt. Dazu gehören der Ausbau multikultureller Kompetenzen im öffentlichen Bereich in Sachsen-Anhalt und eine Strategie zur Einbindung und Unterstützung ehrenamtlicher HelferInnen in diesen Prozess.

* Die Gesellschaft in Sachsen-Anhalt wird und muss sich verändern. Wir müssen Ängste, Vorurteile und Arroganz gegenüber den MigrantInnen in der Bevölkerung abbauen. Diese speisen sich oftmals aus eigenen sozialen Ängsten und Unkenntnis, aber auch aus dem Wunsch nach dem Erhalt des eigenen Status quo um jeden Preis. Politik hat die Aufgabe, auf die Ängste in der Bevölkerung einzugehen und sie auch dadurch abzubauen, dass der Staat beweist, dass er den Weg der Integration sichern und ermöglichen kann. Politik darf auf keinen Fall vor dieser Aufgabe kapitulieren oder gar Aggressionen schüren, die mit Ängsten nicht zu entschuldigenden sind.

Sachsen-Anhalt befindet sich tatsächlich an einem Scheideweg. Der Ministerpräsident fordert Kappungsgrenzen für Kriegsflüchtlinge, der CDU-Landesvorsitzende stellt das Grundgesetz in Frage. DIE LINKE will einen anderen Weg gehen: Wir wollen uns nicht hinter Stacheldraht vor Kriegsflüchtlingen verstecken, wir wollen die Aufgaben der Integration lösen. Dass wir an dieser Stelle mit der Bundeskanzlerin einer Meinung sind, mag im ersten Augenblick irritieren, ändert aber nichts an unserer Haltung.“

Einladung

Liebe GenossInnen und SympathisantInnen,

sehr herzlich laden wir Dich ein zu der öffentlichen Versammlung des Ortsverbandes HalleSüd „Clara Zetkin“ zum Thema:

Zwischen LehrerInnenmangel und Hochschulkürzungen – Herausforderungen für die Bildungspolitik der nächsten Jahre

mit **Hendrik Lange**

MdL, hochschul- und wissenschaftspolitischer Sprecher

Stadtrat, bildungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI

am Mittwoch, 14. Oktober, um 17:00 Uhr im Hort „Kinderpark“, Wiener Straße 18

Erreichbar ist der Veranstaltungsort mit der Straßenbahnlinie 3, Haltestelle Wiener Straße oder der Buslinie 26, Haltestelle Ufaer Straße direkt am Hort „Kinderpark“.

Wir freuen uns auf Dein Kommen.

Mit solidarischen Grüßen

Marion Krischok

im Namen der Vorbereitungsgruppe

Demonstration & Kundgebung gegen den Bildungsnotstand an Schulen und Hochschulen in Halle und Sachsen-Anhalt

Start der Demo: 15. Oktober, 10 Uhr auf dem Steintor-Campus

Demonstrationszug zum Marktplatz

Kundgebung: 11 Uhr auf dem Marktplatz

Seit knapp einem Jahrzehnt versuchen die Verantwortlichen von CDU und SPD alles, um aus der bereits unterfinanzierten Bildungslandschaft Sachsen-Anhalts weiter Geld herauszupressen. Die neoliberale Erfüllungsgehilfen haben immer wieder „Vorschläge“ gemacht, um unser Bildungssystem angeblich noch „effizienter“ zu machen: Zuerst sollte die Universitätsmedizin in Halle weg, danach waren es mit den Sport- und Geowissenschaften, Informatik und Psychologie beträchtliche Teile der Lehramtsausbildung. Und an einer guten Versorgung der Schulen mit Lehrkräften, insbesondere jungem Nachwuchs, wird seit Jahren massiv gespart. Dagegen haben wir – lehrende und lernende Menschen dieses Landes – in den letzten Jahren lautstark protestiert.

Doch das Bild hat sich trotz einiger Erfolge nicht wesentlich geändert: Der Unterrichtsausfall ist enorm, teilweise können Schüler*innen nur noch betreut werden, während die Lehrkräfte von Klasse zu Klasse und Schule zu Schule hetzen. Und an der Universität: überfüllte Seminare, immer schlechtere Betreuung, weniger Möglichkeiten: Massenabfertigung statt Bildung. Überall regiert das Kürzungsdiktat. Dabei hatte Finanzminister Bullerjahn (SPD) Ende 2014 sogar 80 Mio. Euro über.

Dies alles zeigt uns: Wir müssen uns dem Bildungsnotstand an den Schulen und Hochschulen des Landes weiter vehement entgegenstellen! Gemeinsam mit den Schüler*innen und Lehrkräften zeigen wir der Landesregierung nicht nur unseren Unmut, sondern erinnern auch im Angesicht der Landtagswahl im Frühjahr 2016 an die großen Lügen des schwarz-roten Koalitionsvertrages. Fahren CDU und SPD ihren Kurs weiter unbeeindruckt fort, bedeutet das für uns in Sachsen-Anhalt:

Alle gemeinsam, Bildung streikt!

Keine Stimme für diese wahrhaftig Bildungsfernen!

Aus der letzten Stadtratssitzung vom 30. September 2015

Dieses Mal gab es eine extra lange EinwohnerInnenfragestunde vor der eigentlichen Stadtratssitzung. BürgerInnenanliegen, wie z. B. ruhestörender Lärm oder auch ablehnende Meinungen zum geplanten Rad- und Fußweg in der Frohen Zukunft, spielten dabei eine entscheidende Rolle. Aber auch die Forderung nach SchulsozialarbeiterInnen an der Francke-Grundschule und Grundschule Hutten kamen in der BürgerInnenfragestunde auf. Nicht fehlen durften – wie in jeder BürgerInnenfragestunde – Nachfragen zum Stadtbahnprogramm von Torsten Fritz.

Im folgenden Bericht des Oberbürgermeisters spricht er von der Situation der Aufnahme von Flüchtlingen in der Stadt Halle (Saale). Geplant ist derzeit die Aufnahme von 2350 Flüchtlingen, 1500 sind bereits da, circa 120 Flüchtlinge werden der Stadt Halle (Saale)

wöchentlich zugewiesen. Mit dem Elisabeth-Krankenhaus wurde eine Rahmenvereinbarung zur medizinischen Betreuung abgeschlossen. Er informierte weiter, dass die Flüchtlinge circa zwei Monate in den Gemeinschaftsquartieren bleiben und dann dezentral in Wohnungen untergebracht werden sollen. Dafür werden circa 60 Wohnungen in der Woche benötigt. In diesem Zusammenhang berichtet er von Vereinbarungen mit den kommunalen Wohnungsunternehmen HWF und GWG.

In seinem Bericht ging der OB auf das „Künstlerhaus 188“ ein. Der Abriss wurde untersagt, aber eine weitere Klage ziehe man nicht in Betracht. Allerdings seien jetzt neue Trassenführungen und alternative Finanzierungsmöglichkeiten für die Durchführung des Straßenbahnprogramms notwendig.

Er informierte, dass sich im „Star Park“ das Unternehmen Ebay mit inzwischen 350 MitarbeiterInnen angesiedelt hat und es eine Neuansiedlung des Logistik-Unternehmens Hellmann in Halle-Queis gäbe. Zum Haushalt der Stadt Halle (Saale) – er wurde in der Sitzung offiziell eingebracht – informierte er über das Volumen von fast 629 Millionen Euro. Im Finanzplan steht derzeit ein Minus von 15,9 Millionen Euro. Die Tagesordnung des Stadtrates ist umfangreich, aber zu Beginn der Sitzung werden einige Vorlagen, wie z.B. die Änderungen der Geschäftsordnung des Stadtrates und einige Anträge abgesetzt. Alle Jahresabschlüsse, wie z. B. der Stadtwerke, der Stiftung Händel-Haus, der BMA usw. wurden ohne Diskussion abgestimmt und angenommen.

Interessant wurde es dann bei der Einbringung des Haushaltes. Herr Geier, Finanzdezernent, informierte, dass der Etat des Haushaltes 628.928.577 Euro beträgt und diese Einnahmen zu 75% aus den Zuweisungen von Land und Bund gespeist werden. Die Stadt Halle (Saale) nimmt aus Steuern und Abgaben 181,2 Millionen Euro ein. Er verwies auf einige wichtige „neue“ Ausgaben im nächsten Jahr. Dazu gehören Mehrausgaben von 6,8 Millionen Euro für die MitarbeiterInnen der Stadt Halle (Saale) auf Grund von Tarifierhöhungen. Der Verlustausgleich zur Finanzierung der HAVAG beträgt etwa neun Millionen Euro. Veränderungen für die Zahlen zur Asylproblematik wird es in Kürze geben, weil sich diese Ausgaben noch einmal ändern werden (auch Zuweisungen dafür werden entsprechend mehr). Herr Geier verwies auch auf das Problem des Altdefizites von 239 Millionen Euro. Hier, so Herr Geier, müsse das Land helfen, weil dieser Beitrag auf die Liquidität der Stadt Halle (Saale) drücke.

Ebenfalls mit wenigen Diskussionsbeiträgen wurden Vorlagen, wie z. B. Genehmigungen für überplanmä-

ßige Aufwendungen (Unterhalt des Straßenbahn-Betriebshofes Rosengarten oder Turnhalle am Steg), bestätigt. Die entsprechenden Gelder dafür kommen aus dem Fluthilfefonds oder aus Regionalisierungsmitteln.

Bestätigt wurde auch der Bebauungsplan Nr. 1, Gewerbegebiet Halle-Neustadt, 2. Änderung. Dahinter verbirgt sich, dass sich im ehemaligen Max-Bahr-Baumarkt ein Möbelhändler ansiedeln möchte. Unsere Fraktion stimmte gegen diese Vorlage. Hendrik Lange und Dr. Bodo Meerheim kritisierten, dass es in Halle-Neustadt und Umgebung genügend Möbelmärkte gäbe, aber ein Baumarkt fehlen würde.

Diskussionen gab es auch zum Stadtbahnprogramm Halle-Ausbau der Großen Steinstraße. Insbesondere der geplante Wegfall der Haltestelle am Stadtbad löste Diskussionen aus. Jedoch wurde mehrheitlich der Vorlage – auch mit unseren Stimmen – zugestimmt. Ein Argument für den Wegfall der Haltestelle war u. a., dass die Haltestelle nicht behindertenfreundlich gestaltet werden kann. Auch die Mindestabstände der Haltestellen, also die Entfernungen zu den nächsten Haltestellen, sind im Verkehrsplan definiert und eingehalten. Diese Argumente überzeugten uns und wir stimmten zu.

Unser Antrag, ein Welcome-Center für Flüchtlinge einzurichten, fand im Stadtrat eine Mehrheit. Ute Haupt argumentierte noch einmal, dass dieser Vorschlag sehr eng mit der Verwaltung umgesetzt werden soll. Der Oberbürgermeister kündigte einen Widerspruch an, weil der Antrag in seinen Wirkungskreis eingreife.

Alle Stadtratsfraktionen waren sich bei der Einbringung eines Dringlichkeitsantrages einig, der beinhaltet, dass mehr Stellen zur Bewältigung der Aufgaben zur Flüchtlingsunterbringung eingerichtet werden müssen. Dem Antrag wurde zugestimmt.

Ute Haupt



**Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat
Oktober Geburtstag haben.**



Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
DIE LINKE Saalekreis
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
08.10.2015
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 05.11.2015

Parkfest im Pestalozzipark Halle vom 4.-6. September 2015

Auch dieses Jahr lud der „Kinder- und Jugendhaus“ e.V. zum Parkfest im Pestalozzipark ein. Das Fest hat mittlerweile Tradition und wird dabei von vielen Partnern unterstützt, wie z.B. den Wohnungsbaugenossenschaften, der Stadtwerke Halle GmbH, der Vernetzungsgruppe Süd, der Handwerkskammer Halle (Saale) und dem Bildungs- und Technologiezentrum der Handwerkskammer Halle, vielen Betrieben, Einzelhändlern, Ärzten sowie Vereinen und Verbänden. Ziel des Parkfestes ist ein gemeinsames Miteinander mehrerer Generationen. Und das Konzept geht auf: An dem langen Wochenende wurden Klein und Groß zahlreiche Aktivitäten geboten, wie Reiten, Aktions- und Familienspiele, das Moorhuhnschießen, die Kinderbaustelle der PG Günter Papenburg AG, die Kindereisenbahn, der Kinderflohmarkt sowie ein Einblick in einen Feuerwehrgewagen. Für gute Stimmung sorgten kleine und große Künstler auf der Bühne, es gab Musik und am Samstagabend sogar ein buntes Feuerwerk.

DIE LINKE Halle beteiligt sich seit einigen Jahren mit einem eigenen Stand an dem Parkfest, um mit Bür-

gern, Politikern und Stadträten ins Gespräch zu kommen. Dieses Jahr war sie jedoch auf die Hilfe ihrer Nachbarschaft angewiesen, da am Samstag, dem 5. September zeitgleich ihr Parteitag abgehalten wurde. Die Unterstützung gern anbietend übernahm der Vorstand der Partei DIE LINKE Saalekreis die erste Schicht bis zum frühen Nachmittag. Dabei stießen sie auf viele interessierte Bürger, die sich gern auf ein Gespräch einließen. Großes Thema war auch hier die Flüchtlingspolitik.

DIE LINKE Saalekreis schaute zufrieden auf die gesprächsbereiten Bürger und bot immer ein Ohr oder Rat. Wichtig ist in diesen Zeiten, die Bürger aufzuklären. Wir müssen sie animieren, sich zu trauen, Fragen zu stellen. Nur aufgeklärte Bürger können uns eine Unterstützung bei der Bewältigung des Flüchtlingsproblems sein. Das Parkfest bot dazu eine gute Plattform. Und es zeigte sich, dass Nachbarschaftshilfe unter den Kreisverbänden wichtig ist.

Daniela Müller

stellvertretende Vorsitzende Kreisvorstand Saalekreis
DIE LINKE Landsberg

Literarischer Nachmittag im Senioren-Cafe'

Am 30.09. erlebten die Gäste des Senioren-Cafe's eine eindrucksvolle Lesung: Frau Christa Jacob schilderte uns anhand ausgewählter Texte aus Tagebüchern, Romanen und Briefen der Schriftstellerin und Architektin Brigitte Reimann deren Leben und Wirken in der DDR, das von Leidenschaft, Widersprüchen, Rebellion, Höhen und Tiefen sowie schwerer Krankheit geprägt war.

Die gelesenen Texte, u. a. aus den Büchern „Ankunft im Alltag“, „Die Geschwister“, „Sei begrüßt und lebe“, „Franziska Linkerhand“, weckten Erinnerungen und Emotionen unter uns, „Zeitzeugen“.

Die Teilnehmer bedankten sich bewegt und voll des Lobes von Frau Jacob, die im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung diesen literarischen Nachmittag gestaltet hat.

I.Höpner

Vorschau November

Senioren-Cafe' am 25. November 14.30 Uhr
im LiLa: Vorweihnachtlicher Jahresabschluss mit
Ausblick auf 2016

Senioren-Cafe' am 28. Oktober 14:30 Uhr im Lila:

„Die Theaterzettel kamen des Morgens schon, gleich Götterboten, nach Halle herüber...“
Über Hallesches Theater zur Eichendorff-Zeit spricht Genossin **Margrit Lenk** in einem bebilderten Vortrag.

Die Delegierten zum Sonderparteitag der SED im Dezember 1989 reisten mit der Erwartungshaltung nach Berlin, daß von ihm kräftige Impulse für eine lebendigere, sozialistische DDR ausgehen. Die Geschichte ist jedoch anders als erwartet verlaufen.

"Gedanken eines Delegierten zur Entwicklung (m)einer Partei seit dem Außerordentlichen Parteitag der SED im Dezember 1989"

es spricht Gen. Hans Grude, Halle,
20. Oktober 2015, 16:30 Uhr,
Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 6
eine Veranstaltung des Rotfuchs Fördervereins e.V.
Regionalgruppe Halle

Der Saalekreis zieht in den Wahlkampf

Die beiden Direktkandidatinnen Kerstin Eisenreich (WK 39) und Pia Schillinger (WK 34) aus dem Saalekreis zogen am Wochenende 4. und 5. September 2015 in den Wahlkampf.

Los ging es am Freitag, dem 4. September in Merseburg auf der Kliaplatte. Bei herrlichem Sonnenschein lud Kerstin Eisenreich Bürger und Bürgerinnen jeden Alters zu ihrer Auftaktveranstaltung. Dabei erhielt sie prominente Unterstützung: gemeinsam mit dem Bundestagsabgeordneten Roland Claus und der Landtagsabgeordnete Angelika Hunger standen sie Rede und Antwort. Schwerpunkte in den Gesprächen waren die Asyl- und Flüchtlingspolitik, die Problematik Leiharbeit und Befristung als Schwerpunkt der Kampagne „Das muss drin sein“ sowie die aktuelle Haushaltssituation in der Stadt Merseburg. Auch die Kleinen kamen auf ihre Kosten; zwei Hüpfburgen sorgten für Spaß und Adrenalin. Gute Stimmung verbreitete DJ Silvan aus Querfurt mit Musik und kleinen Redebeiträgen.

Am Samstag, dem 5. September legte dann auch Pia Schillinger in Bad Dürrenberg im Rahmen des Bauernmarktes los. Der etwas vernieselte Tag konnte der

Direktkandidatin allerdings nicht die gute Laune verderben. Mit einem als Strandbar verkleideten Stand bot sie den Sommercocktail der LINKE-Fraktion des Bundestages: „Sommer, Sonne, Sozialismus“ an. Über 100 Liter des Sommergetränkes wurden in alkoholischer sowie auch in einer alkoholfreien Variante ausgeschenkt. Trotz der lockeren und heiteren Atmosphäre wurde das Thema Flucht und Asyl aufgegriffen. Viele BürgerInnen zeigten sich gerade angesichts der erschreckenden Bilder in den Medien zu tiefst betroffen. Positiv bemerkte Pia Schillinger, dass jedoch viele Menschen gern selbst aktiv unterstützen wollen. Allerdings wurde sie auch von Asylgegnern angesprochen oder auch von Menschen, die sich nicht richtig informiert fühlen. Pia Schillinger nahm das sogleich als Anlass, einige Halbwahrheiten und Ressentiments aus dem Weg zu räumen.

Beide Kandidatinnen bedanken sich recht herzlich bei ihren vielen fleißigen Helfern für ihre aktive Unterstützung.

Daniela Müller

stellvertretende Vorsitzende Kreisvorstand Saalekreis
DIE LINKE Landsberg

Erfolgreicher Aufruf und so viel Freude...

So schnell hat keiner von den Kindern und Erzieherinnen damit gerechnet...

Sofort nach dem Erscheinen des Artikels „Kinderschach in den Einrichtungen der Kinderland Geiseltal gGmbH“ im Geiseltal-Echo Monat September, meldete sich Andreas Jirmann, Mitglied der Kreistagsfraktion „DIE LINKE“ im Saalekreis, um einen Teil seiner persönliche Aufwandsentschädigung als Mitglied des Kreistags für das Projekt zu spenden.

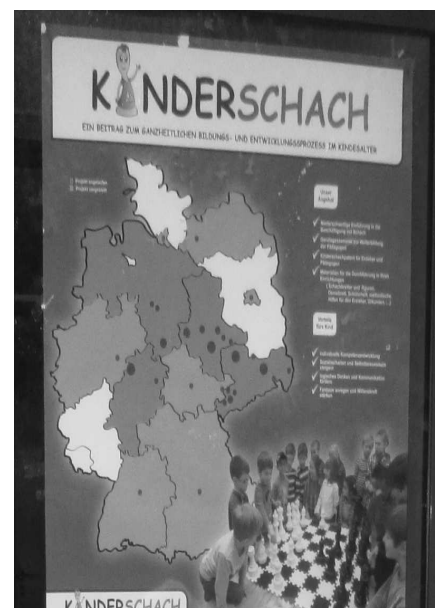
Mit den Leiterinnen der teilnehmenden vier Einrichtungen wurde abgestimmt, dass zuerst die Kinder der Kindertagesstätte „Bummi“ mit dieser Spende von 150 Euro bedacht werden.

In dieser Kindertagesstätte der Gemeinnützigen Gesellschaft Kinderland Geiseltal mbH sitzen die zahlreichsten zukünftigen „Schachspieler“ bereits in den Startlöchern, denn im Monat Oktober geht es los!

Im Starterpaket (Förderprogramm des Landes) sind leider nur 15 Übungshefte enthalten und in der Kita „Bummi“ möchten Vorschulkinder und Hortkinder das Schach-Spiel erlernen.

Nun können zusätzliche Übungsmaterialien für alle Kinder gekauft werden.

Als Dank an Herrn Jirmann wurde das „Bummi“- Lied gesungen und von den Kindern ein gebasteltes Präsent überreicht.



Scheckübergabe beim 1. Sommerfest des Kindersportvereins MÜCKEN e. V.

Am 5.9. feierte der Kindersportverein Mücken e. V. sein erstes Sommerfest auf dem Müchelner Sportplatz. Viele der 80 kleinen Vereinsmitglieder (zwischen 2 und 8 Jahre) kamen mit ihren Eltern, Großeltern und Geschwistern, um zu spielen, zu toben und einen ganzen Tag Spaß zu haben. Vor Ort war auch das Spielmobil der Hallenser Sportjugend, was einige Attraktionen bereithielt. Riesige Hüpfkissen, verschiedene Angebote zur Förderung der Motorik und des Gleichgewichts. Eltern haben das Kinderschminken übernommen und alles für den Kuchenbasar vorbereitet. Eine junge Müchelnerin war mit ihrem Pferd beim Fest zu Gast und ermöglichte den Kindern ein paar Runden auf dem Pferd zu drehen, was viel Freude bereitete. Ein DJ sorgte für die musikalische Umrahmung der Veranstaltung. Dieses Fest wurde ausschließlich durch Spenden ermöglicht, vorrangig aus den Solidarfonds der Lin-



ken im Kreistag, Landtag und Bundestag. Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Saalekreis spendeten 150 Euro aus ihrem Solidarfonds, der in diesem Jahr gegründet wurde. Diese Spende ermöglichte den Einsatz des Spielmobils.

Neues aus dem BBZ „lebensart“ e. V.

Landesprogramm für Akzeptanz von LSBTTI in Arbeit - Keine zusätzlichen Finanzmittel für 2016?
Auf Grundlage der Beschlüsse der Landesregierung und des Landtages von Sachsen-Anhalt wird derzeit ein „Aktionsprogramm für Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern, Transsexuellen und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTTI) in Sachsen-Anhalt“ erarbeitet. Die zuständige Referentin im Ministerium für Justiz und Gleichstellung, Katharina Scholz, hat im September einen (nicht-öffentlichen) Erstentwurf vorgelegt, der beim Lesben- und Schwulenpolitischen Runden Tisch und bei einem Gespräch mit der Ministerin für Justiz und Gleichstellung, Frau Prof. Kolb, diskutiert wurde. Die Resonanz der einbezogenen freien Träger ist durchweg positiv, nur Anmerkungen und Vorschläge im Detail wurden gemacht. Abzuwarten ist nun, was die Ministerien rückmelden und wie die Parlamentsvorlage aussehen wird, die im Januar 2016 beschlossen werden soll. Eine schlechte Meldung gab es allerdings: Laut Aussage von Ministerin Prof. Kolb wird es im Landshaushalt 2016 keine zusätzlichen Mittel zur Umsetzung des Programms geben. Die Frage sei deshalb erlaubt: Sollen dringend notwendige Maßnahmen zum Abbau von Diskriminierung erst einmal nur auf dem Papier stehen? Der beginnende Landtagswahlkampf

und die Regierungsneubildung könnten hier vielleicht noch Bewegung bringen.

Lesung aus „Am I Blue?“

Freitag, 16. Oktober 2015, 19 Uhr im BBZ „lebensart“ e. V.

Que(e)rgelesen, die Lesungsreihe des BBZ „lebensart“ e. V. geht in die zehnte Runde, bei der ein Klassiker queerer Literatur im Mittelpunkt steht.

Die 17-jährige Winnie liebt Tommy, den heißesten Skater von Santa Cruz, bis Tommy ihr eröffnet, was er selbst soeben herausgefunden hat: Er liebt Männer. Thea und Cindy fliegen vom Internat, weil ihnen „unzüchtige Handlungen“ unterstellt werden. Und erst da wird beiden klar, was sie im Geheimen schon lange wussten: dass sie sich lieben.

„Am I Blue?“ ist die Zusammenstellung von 14 Kurzgeschichten zum Thema Coming-out. Herausgegeben wurde das Buch 1994 von Marion Dane Bauer. Die deutsche Erstausgabe erschien 1996.

Gelesen werden Auszüge aus dem Buch von Hannah Bentrop, einer Ehrenamtlerin des BBZ „lebensart“ e. V. **am 16.10. um 19 Uhr in der Beesener Straße 6 in Halle.**

Der Eintritt zur Lesung ist frei, um eine Spende wird gebeten.

Nach dem CSD ist vor dem CSD - Motto für 2016 gesucht!

Die Stadt Halle (Saale) bildete auch in diesem Jahr den Abschluss der bundesweiten CSD-Saison. Bei bestem Spätsommerwetter nahmen geschätzt mehr als 1.500 Menschen am Straßenfest teil und konnten ein buntes Programm verfolgen. Das BBZ „lebensart“ dankt allen Unterstützer*innen und Teilnehmenden für die vielfältigen Zeichen für Gleichstellung und Akzeptanz.

Während die Auswertung des CSD gerade stattfindet, sollen auch schon Weichen für das nächste Jahr gestellt werden. Gesucht wird DAS Motto zum CSD Halle (Saale) 2016. Vorschläge können bis 15. Dezember unter info@csdhalle.de gemacht werden. Der*die Schöpfer*in des Mottos, welches gewählt wird, wird mit einem kleinen Preis bedacht.

Fachkonferenz „Vielfalt leben! Aktiv gegen Homo-, Trans- und Interphobie - Wir bringen Wissenschaft und Praxis an einen Tisch“

Sonnabend, 28. November 2015, 11 bis 16 Uhr, Stadthaus, Marktplatz 2, 06108 Halle

Die Konferenz des BBZ „lebensart“ e. V. richtet sich an Fachkräfte und Lernende/Studierende aus den

Bereichen Pädagogik, Lehre und Gesundheitswesen und soll den Teilnehmer*innen die Möglichkeit verschaffen, sich praxisnah einem immer wichtiger werdenden Thema in Schule und Gesundheitsförderung zu nähern. Wir möchten allen Interessierten die Gelegenheit bieten, sich im Rahmen unserer Fachkonferenz ein grundständiges Wissen und Verständnis für den „Umgang“ mit Fragen zu geschlechtlich-sexueller Identitäten für ihr hiesiges oder zukünftiges Berufsleben anzueignen. Expert*innen aus Medizin und Pädagogik (Prof. Dr. Jutta Hartmann, Prof. Dr. Rüdiger Lautmann, PD Dr. Kurt Seikowski, Dr. rer. nat. Ulrich Klocke, FA Urologie Michaela Katzer, Dipl.-Päd. Ants Kiel) werden gemeinsam mit homo-, bisexuellen und trans- und intergeschlechtlichen Menschen in einzelnen Zielgruppen-Workshops eine Brücke zwischen Theorie und Praxis schlagen.

Ab Mitte Oktober werden Flyer und Plakate versandt. Der Teilnahmebeitrag in Höhe von 10 Euro kann im Voraus auf das Vereinskonto oder am Konferenztag in bar bezahlt werden. Anmeldungen können schon jetzt unter Angabe des beruflichen Bereiches (Gesundheit oder Pädagogik) an marlen.weller-menzel@bbz-lebensart.de erfolgen. Anmeldeschluss ist der 16.11.2015.

Was verbirgt sich hinter dem „freundlichen Gesicht“?

Frau Angela Merkel wird zurzeit mit den Worten „Wenn wir jetzt anfangen, uns noch entschuldigen zu müssen, dafür, dass wir in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen, dann ist das nicht mein Land.“ Zitiert. Im ersten Moment erscheint dies, als käme hier eine soziale Ansicht zur Geltung, was jedoch nur daran liegt, dass man selber diese Grundeinstellung hat. Denn bei näherer Betrachtung muss man feststellen, dass darin gar kein Inhalt steckt. Dass man in einer Notsituation ein freundliches Gesicht macht, hilft erstmal nur insofern, dass es einen freundlicheren Eindruck macht, aber mehr nicht. Nun gehen wir mal davon aus, dass es dennoch das bedeutet, was viele da rein interpretieren, und was mit Blick auf eine frühere Aussage, wonach das Recht keine Grenze für die Asylsuchenden kenne, also dass Frau Merkel die Flüchtlinge und Asylanten gerne aufnehmen will und sie in diesen Staat integrieren will. Diese Interpretation ist für sich betrachtet sehr lobenswert, keine Frage – ich stimme grundsätzlich für eine menschenwürdige Behandlung aller. Das bedeutet für mich auch eine Verpflichtung

zur Menschlichkeit und zu einem Umgang mit Menschen, der es ihnen erlaubt, ein würdevolles Leben zu führen, unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Anschauung. Aber dennoch ist der Integrationswille alleine nicht zwingend ein soziales Ziel, es kann auch, ganz im Gegenteil, der Anfang eines weitergehenden Sozialabbaus, einer weiteren Arbeitsmarktflexibilisierung und eines weiteren Ausbaus des Niedriglohnsektors sein. Denn in diesem Sinne würden sich diese Menschen auch in dieses Land integrieren lassen, womit Frau Angela Merkel voll und ganz im Sinne der Politik der vergangenen 20 Jahre handeln würde sowie im Sinne des CDU-Wahlprogramms. Arbeitgeber haben schließlich schon erkannt, dass es sich hier um potentielle billige Arbeitskräfte handelt, die genutzt werden könnten, den Wohlstand in Deutschland zu erhalten. Um wessen Wohlstand es dabei wohl geht?

Für mich stellt sich die Frage, wie lange wollen die Deutschen noch akzeptieren, dass die meisten von ihnen schlechter gestellt werden. Es ist schon lange an

der Zeit laut zu werden und wieder mehr Rechte für Arbeitnehmer zu fordern, statt weniger – das Tarifeinheitsgesetz ging in die falsche Richtung! Und hier sind die Asylanten, Flüchtlinge und Andere nicht unsere Gegner, sie müssen unsere Verbündeten sein, da diese mindestens genauso betroffen sind wie wir, wie sie und ich!

In diesem Land ist eine systematische schlechter Stellung der Mehrheit hingenommen und akzeptiert. Die Deutschen haben einen Rückgang der Lohnkosten akzeptiert und damit einen Rückgang ihres Realinkommens. Die Installation des europaweit größten Niedriglohnssektors ist akzeptiert. Der Verlust von Grundrechten im Hartz-IV-System wurde ebenfalls nahezu lautlos akzeptiert. Der Deutsche nahm so ziemlich alles in den vergangenen 20 Jahren lautlos hin, immer der Alternativlosigkeit durch Marktlogik folgend. Nun kommen riesige Ströme von Asylanten, von denen zu erwarten ist, dass ca. 60% hier zu integrieren sind und hier auch arbeiten werden – doch statt mit diesen Menschen für ein soziales Miteinander zu kämpfen, werden sie teils als zukünftige Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt angesehen. Das Schlimmste jedoch ist, dass diese Befürchtungen nicht mal unbegründet sind, da schon einige Arbeitgeber großes Interesse an diesen neuen Kräften geäußert haben und man schon erwarten kann, dass dies zu einer erneuten Ausweitung des Niedriglohnssektors führen wird. Doch es sind, genau wie die, die in Deutschland bereits heimisch sind, Menschen. Wer aus der alleinigen Tatsache hier geboren zu sein glaubt, höhere Rechte zu haben, als jene Menschen, die zu uns kommen, ist in meinen Augen ein Rassist. Und Sätze wie „Ich bin zwar kein Nazi, aber...“ drücken genau das aus.

Die Gegner sind nicht bei den Asylsuchenden und Flüchtlingen zu suchen! Sie können Verbündete in einem Kampf um ein sozialeres Miteinander sein. Der Sozialabbau in Deutschland und Europa dient nämlich nicht der Mehrheit der Menschen, er dient einfach nur der Wirtschaft und selbst hier kann auf die Exportwirtschaft eingeschränkt werden. Die Europäische Binnenwirtschaft wird durch den Sozialabbau, den Abbau von Arbeitnehmerrechten und der Arbeitsmarktflexibilisierung eher geschwächt als gestärkt und zwar als Folge des Lohndumpings und der daraus hervorgehenden rückläufigen Binnennachfrage. Die Asylanten und Flüchtlinge sind genau wie die Mehrheit der Europäerinnen und Europäer Opfer einer

destabilisierenden Weltpolitik, die ausschließlich wirtschaftlichen Interessen dient, zudem ist doch zu bemerken, dass sie wesentlich stärker leiden als die Europäerinnen und Europäer. Aus menschlicher Sicht sind die Reaktionen der internationalen Politik eine Schande für die gesamte Menschheit! Politiker stellen wirtschaftliche Interessen vermehrt über die Interessen des Wohls der Menschen im Allgemeinen, aber auch über das Wohl der eigenen Bürger, denen sie verpflichtet sein sollten. Mechanismen der Demokratie werden gezielt ausgehebelt. M. Bothe

Zivilklausel an der Hochschule

**22. Oktober, 18 Uhr, Melanchthonianum
HS XVI**

Was ist eigentlich eine Zivilklausel?

Für Dr. Schulze ist sie ein Mittel, um das Thema Militarisierung an Hochschulen sichtbar zu machen und Forschung und Lehre nach zivilen Zwecken auszurichten. Was hat Militär und Krieg mit der Uni zu tun? Gibt es in anderen Ländern auch eine Zivilklauselbewegung? Dies und andere Fragen wollen wir zusammen diskutieren.

Dr. Dietrich Schulze ist in der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten aktiv und sitzt im Beirat der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit e.V.

Zivilklausel an anderen Unis - Studierende berichten

**5. November, 18 Uhr, Melanchthonianum
HS XVI**

Vernetzungstreffen - Berlin, Kassel, Lüneburg

Es gibt inzwischen etwa zwei Dutzend Hochschulen, die ihre Uni mit einer Zivilklausel zur zivilen Forschung und Lehre verpflichtet haben. Wie ist das gelungen, was hat sich durch die Zivilklausel an der Uni verändert und wie erfolgreich ist das Projekt am Ende? Es soll eine Veranstaltung der Vernetzung und des Austauschs sein.

Wir haben Vertreter*innen verschiedener Unis eingeladen.

Deutschland der neue (alte) Hegemon in Europa?

19. November, 18 Uhr, Melanchthonium
HS XVI

Deutschland müsse seine „Kultur der (militarischen) Zurückhaltung“ zugunsten einer „Kultur des Engagements“ ad acta legen. Das hinter der Idee stehende Gedankengebäude spiegelt einen Elitenkonsens wider, der auf einen größeren weltpolitischen Einfluss Deutschlands abzielt und mit Prof. Johannes Varwick einen Vertreter an der hallschen Universität hat.

Veranstaltung mit Jürgen Wagner. Er ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Informationsstelle Militarisierung e.V.

Drittmittel: Zwang zur Militarisierung?

3. Dezember, 18 Uhr, Melanchthonium
HS XVI

Die Hochschulen sind massiv unterfinanziert. Seit der Bologna-Reform ist die Drittmittelabhängigkeit enorm gestiegen, da die Hochschulen um ohnehin zu knappe Mittel konkurrieren. Der Einfluss von privaten Unternehmen wird dadurch stärker und die Freiheit der Forschung und Lehre weiter eingeschränkt. Wie ist mit der Forderung nach einer Zivilklausel in der gegenwärtigen Hochschullandschaft umzugehen?

Veranstaltung mit Dr. sc. Cornelia Mannewitz

HOCHSCHULE

EINE UNI FÜR DEN FRIEDEN?
EINE VORLESUNGSREIHE DES AK ZIVILKLAUSEL

ZIVILKLAUSEL AN DER HOCHSCHULE
DONNERSTAG
22. 10. 15
18:00 UHR
HS XVI (MEL)

**ZIVILKLAUSEL AN ANDEREN UNIS -
STUDIERENDE BERICHTEN**
DONNERSTAG
05. 11. 15
18:00 UHR
HS XVI (MEL)

**DEUTSCHLAND DER NEUE (ALTE)
HEGEMON IN EUROPA?**
DONNERSTAG
19. 11. 15
18:00 UHR
HS XVI (MEL)

**DRITTMITTEL: ZWANG ZUR
MILITARISIERUNG?**
DONNERSTAG
03. 12. 15
18:00 UHR
HS XVI (MEL)

**Arbeitskreis
Zivilklausel**

Projekt 100% MENSCH
Holger Edmaier (Geschäftsführer)
Bochumer Str. 1 . 70376 Stuttgart
+49 (0)151 – 205 198 14
kontakt@100mensch.de



JA!

Mit meiner / unserer Unterschrift unterstütze ich / unterstützen wir die
Petition „**Auch wir sind gemeinnützig!**“ des **Projekt 100% MENSCH** zur Erweiterung
des §52 (2) der Abgabenordnung in folgenden Punkten:

§ 52 Gemeinnützige Zwecke

(Ergänzungen fett gedruckt)

(1) Eine Körperschaft verfolgt gemeinnützige Zwecke, wenn ihre Tätigkeit darauf gerichtet ist, die Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet selbstlos zu fördern.

(2) Unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 sind als Förderung der Allgemeinheit anzuerkennen: [...]

10. die Förderung der Hilfe für politisch,[...] religiös **oder aufgrund ihrer sexuellen Orientierung, ihrer geschlechtlichen Identität oder ihres Geschlechtsausdrucks** Verfolgte, [...]

18. die Förderung der Gleichberechtigung von Frauen, Männern **sowie transsexuellen, transidenten und intersexuellen Menschen;**

19. die Förderung des Schutzes von Ehe, **eingetragener Lebenspartnerschaft** und Familie; [...]

26. (neuer Absatz) Die Förderung der Gleichberechtigung von Heterosexuellen und Homosexuellen.

Verein, Organisation, Beruf, Funktion	
Name, Vorname	
Straße, Hausnummer (Firmen-, Agentur-, Amtssitz)	
PLZ / Stadt	
Email (freiwillig)	
Unterschrift	

Sachsen-Anhalt



Veranstaltungsreihe der Jungen Europäischen Förderalisten (JEF) in Halle zur Landtagswahl 2016

**„STEHT SACHSEN-ANHALT AM EUROPA-
POLITISCHEN SCHEIDEWEG?“**

Wann? 28. Oktober 2015, 19:00 – 21:00

Wo? Großer Hörsaal im alten physikalischen Institut,
Friedemann-Bach-Platz 1, 06108 Halle

JEF HALLE

„Steht Sachsen-Anhalt am europapolitischen Scheideweg?“

Moderation

Dr. Alexander Vogt
Mitarbeiter im Europäischen Parlament

Grußworte

David Horn
Vorsitzender der Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) Halle

Thomas Rieke
Landesvorsitzender der Europa-Union Sachsen-Anhalt

Rainer Wieland (per Videobotschaft)
Vize-Präsident des Europäischen Parlaments, Präsident der
Europa-Union Deutschland

**„Wie soll die Europapolitik des Landes Sachsen-Anhalt
in Zukunft aussehen?“**

Podiumsgäste

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Bündnis 90/Die Grünen, MdL)
Fraktionsvorsitzende, Vorsitz im Umweltausschuss, Spitzenkandidatin
zur Landtagswahl 2016 in Sachsen-Anhalt

Wulf Gallert (DIE LINKE, MdL)
Fraktionsvorsitzender, Spitzenkandidat zur Landtagswahl 2016 in
Sachsen-Anhalt

Holger Hövelmann (SPD, MdL)
Minister a. D., Stv. Vorsitzender im Ausschuss für Bundes- und Europa-
Angelegenheiten sowie Medien, Stv. Vorsitzender SPD Sachsen-Anhalt

Dr. Michael Schneider (CDU)
Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten und
Bevollmächtigter des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund

Nach den Grußworten folgen Impulsreferate der Podiumsgäste von jeweils max. fünf
Minuten.

Im Anschluss findet eine Diskussionsrunde mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus
Podium und Publikum statt.

Die Teilnahme an der Veranstaltung ist frei.



JEF HALLE

Veranstaltungsreihe der Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) in Halle zur Landtagswahl 2016

Design: Sandra Schäfer